



Öffentliches Podiumsgespräch

28. März 2019, 19.30 Uhr, Kantonsschule am Burggraben, St.Gallen

„Das Zusammenleben zwischen den Konfessionen und Religionen im Kanton St. Gallen seit 1861 bis heute – und morgen?“

Unter der kundigen Leitung von *Walter Eggenberger, Journalist und Moderator*, diskutierten:

- *Batja Guggenheim, Co-Präsidentin der jüdischen Gemeinde von St. Gallen*
- *Pfr. Daniel Konrad, Vertreter der christkatholischen Gemeinde von Stadt und Kanton St. Gallen*
- *Pfr. Dr. Frank Jehle, Vertreter der evangelisch-reformierte Kirche; Präsident der evangelisch/römisch-katholischen Gesprächskommission der Schweiz*
- *Charlie Wenk, ehem. Pastoralassistent in der ökumenischen Kirche Halden/St. Gallen*



(von links) C. Wenk, B. Guggenheim, W. Eggenberger, F. Jehle, D. Konrad

Das gewählte Thema nimmt einen Teil des geistigen Erbes von Arnold Otto Aepli auf: Seit der massgeblich durch ihn gestalteten St. Galler Kantonsverfassung von 1861 werden christliche Konfessionen und andere Religionsgemeinschaften staatlich anerkannt und können ihre Angelegenheiten selbständig regeln. Das angeregte Podiumsgespräch beleuchtete verschiedene Phasen der letzten gut 150 Jahre.

In der Folge der neuen Verfassung von 1861, schweizweit eine Pioniertat, konnte sich im Kanton St. Gallen die jüdische Gemeinde bilden. 1863 schlossen sich die jüdischen Niedergelassenen, hauptsächlich „Westjuden“, zum Israelitischen Kultusverein zusammen. 1867 wurde der erste jüdische Friedhof im Hagenbuch eingeweiht, 1881 dann die Synagoge an der Frongartenstrasse (sie durfte allerdings die umliegenden Häuser nicht überragen!). Nach dem ersten Vatikanischen Konzil von 1870 und dem Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes entstand die christkatholische Kirche, 1878 auch in St. Gallen. Obwohl der Kulturkampf das Verhältnis zwischen und innerhalb der Konfessionen belastete, ermöglichte die verfassungsmässige Trennung von Kirche und Staat immer wieder eine Verständigung.

Vor dem ersten Weltkrieg veränderte sich der Anteil der christlichen Konfessionen durch die Rückreise zahlreicher italienischer Migranten katholischen Glaubens. 1913 entstand der neue jüdische Friedhof an der Kesselhaldenstrasse. Eine zweite jüdische Gemeinde bildete sich nach der Einwanderung vieler Juden aus dem Osten. Wegen Abwanderung fusionierten dann 1952 beide Gemeinden unter dem Dach der liberal-konservativen Israelitischen Gemeinde. 1918 brachte die Stadtverschmelzung neue konfessionelle Verhältnisse: durch die Eingemeindung von Tablat und Straubenzell wurden in

der ehemals protestantischen Stadt die Konfessionen etwa gleich stark. Auch die evangelisch-reformierte Kirche hatte ihre internen Spannungen zwischen den Liberalen und den sog. „Positiven“, später kamen die Religiös-Sozialen dazu. Die Grenzen zwischen den politischen Parteien und den Konfessionen waren teilweise fließend: Bei den Freisinnigen fanden sich neben Protestanten oft auch liberale Katholiken und Christkatholiken, während jüdische Bürger eher der SP zuneigten. Heute spielt die Konfessionszugehörigkeit in der Parteienlandschaft eine viel kleinere Rolle. In den dreissiger Jahren und während des zweiten Weltkrieges befand sich die jüdische Bevölkerung in einer besonders kritischen Situation, da sie für die Flüchtlinge aus dem Ausland finanziell aufkommen mussten. Von den christlichen Konfessionen gab es zwar Unterstützung (z.B. Sammlungen), aber auch einzelne negative Beispiele von Aktivitäten Geistlicher beider Konfessionen.

In der Nachkriegszeit und bis in die achtziger Jahre vollzog sich der Alltag entlang konfessioneller Grenzen: man kaufte in Geschäften der gleichen Konfession und pflegte entsprechende Freundeskreise. Erst allmählich vollzog sich die Öffnung, auch dank der ökumenischen Bewegung auf nationaler und internationaler Ebene. Auf viel praktische Solidarität an der Basis folgten strukturelle Entwicklungen, z.B. durch die evangelisch/römisch-katholische Gesprächskommission oder die christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaft. Pionierleistungen gab es auch an der HSG durch die ökumenische Arbeit der Studentenseelsorger oder durch den Bau der ökumenischen Kirche Halden und das Wirken ihrer Seelsorger. Es galt, aufeinander Rücksicht zu nehmen und zu fragen, was den andern wichtig sei. Unterstützung gab der Kanton durch das Aufgreifen ethischer Fragen mit Einbezug aller Konfessionen und Religionen (St. Galler Erklärung von 2005) sowie durch die Schaffung des Kompetenzzentrums Integration und Gleichstellung.

Noch nicht gelöst ist heute das Verhältnis zu den Muslimen, obwohl in der Schweiz eine halbe Million Menschen dieser Religion angehören. Wohl ist jeweils am 1. August im ökumenischen Gottesdienst auch ein muslimischer Geistlicher beteiligt, doch bleibt noch ein langer Weg des Kennenlernens. Es gibt weiterhin viel zu tun.

Zusammenfassung hb